

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg. Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 73041, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Karin Wolf, Verlag, Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

8/79
30. Mai

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion. (Der Gründungsausschuss, das Konzil und der Senat haben einstimmig beschlossen, daß die Universität den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat sich der Führung dieses Namens durch die Universität Oldenburg bisher widersetzt.)

Der Ausbau der Universität kommt sehr schnell voran

Überbelegungsquote sank über Nacht - Jetzt 2.826 Studienplätze

In geradezu atemberaubender Geschwindigkeit läßt Wissenschaftsminister Professor Dr. Eduard Pestel zur Zeit die Universität Oldenburg ausbauen. Noch vor wenigen Tagen verfügte die Hochschule über lediglich 2.250 Studienplätze, über Nacht sind es nunmehr laut Pressemitteilung seines Ministeriums 2.826 geworden. Damit ist auch die Überbelegungsquote erheblich gesunken. Dieser „Ausbau“ wurde allerdings vom grünen Tisch aus bewerkstelligt, ohne daß dafür nur eine Schauflüge bewegt werden mußte. Das Ministerium setzte die Richtwerte für die flächenbezogenen Studienplätze in den Studiengängen Raumplanung und Arbeitslehre von 18 auf 4,5 Quadratmeter und Psychologie von 15 auf 10 Quadratmeter einfach herunter. Daß es selbst früher eine andere Position vertrat und der Wissenschaftsrat in seinem Empfehlungen von den alten Richtwerten ausgeht, scheint in Hannover weiter keine Kümernisse auszulösen. Warum auch? Die Öffentlichkeit wurde von der Landesregierung und die sie tragende Partei in den vergangenen Wochen in einer Weise mit Zahlen-Verwirr-Spielen bombardiert, die eigentlich nur noch durchblicken und widerlegen kann, der unmittelbar damit zu tun hat.

Dem CDU-Abgeordneten Drape war es vorbehalten, dies auf der lebhaft geführten Landtagsitzung besonders deutlich zu demonstrieren. Er wollte dem Parlament weiß machen, in den letzten beiden Hochschulrahmenplänen und dem jetzt beschlossenen seien Investitionen von über fünf Milliarden Mark getätigt worden bzw. noch vorgesehen. Tatsächlich sind es nicht einmal die Hälfte. Dem Finanzexperten der CDU war entgangen, daß sich die Pläne überschneiden und es nicht damit getan ist, ihre Volumina zusammenzuzählen.

Daß Rechnungen solcher Art auch tiefes Mißtrauen ob der zukünftigen Hochschulpolitik der derzeitigen Landesregierung auslösen, kann niemanden verwundern - zumal wenn das Ministerium jetzt mit neuen Begriffen wie „Planungsreserven“ arbeitet, die, wie die SPD-Abgeordnete Inge Wettig-Danielmeier meinte, nur „Beruhigungspillen“ sein können. Angesichts dieser Situation will der örtliche SPD-Abgeordnete Horst Milde sich keineswegs auf die all-

gemeine Aussage des Ministers „Es kommt der Fachbereich Jura“ verlassen. In einer kleinen Anfrage möchte er er gern eine verbindliche Antwort hören, wann der Studiengang in Oldenburg eingerichtet wird und in welchem Umfang. Die Berechtigung dieser Frage kann man einem entsprechenden Erlaß an die Hochschule entnehmen, in dem der Minister lediglich davon spricht, daß die Einrichtung eines rechtswissenschaftlichen Studiengangs „in Erwägung“ gezogen wird. Außerdem will der regierungsnahe Informationsdienst „Rundblick“ erfahren haben, daß ein Studiengang Jura spätestens dann in Oldenburg völlig überflüssig wird, wenn die einphasige Juristenausbildung ebenfalls - wie die ELAB - 1981 in Hannover abgebrochen wird, weil sich dann die Kapazität wesentlich erhöhen würde.

Eines ist inzwischen klar, in Oldenburg wird sich - vom Studiengang Jura ganz abgesehen - die Kapazität insgesamt verkleinern. In jetzigen Planungen ist die Universität mit 6.100 Studienplätzen ausgewiesen, das sind 700 weniger als von der CDU-Regierung bisher vorgesehen. Daß es nicht noch weniger sind, liegt allein daran, daß - wie oben geschildert - die Richtwerte für flächenbezogene Studienplätze nach unten gedrückt werden.

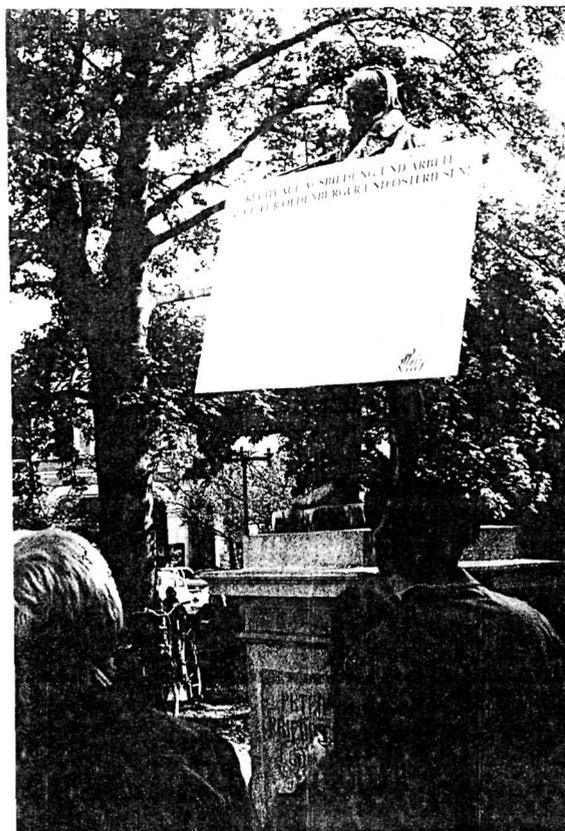
All dies zusammengenommen läßt „die zurückhaltende Zustimmung“ der CDU-Landtagsabgeordneten dieses Raumes zu den Plänen des Ministers kaum verständlicher erscheinen. Im Interesse der Region kann sie zumindest nicht liegen. Und auch die Stadt Oldenburg scheint sich mit den Plänen der Regierung abgefunden zu haben. Zu dieser Position verhält ihr offensichtlich ein Gespräch mit Wissenschaftsminister Eduard Pestel, auf dem dieser u.a. behauptete, es liege kein Antrag auf Einrichtung eines Studienganges Jura der Universität Oldenburg im Ministerium vor und die Planungen für den zweiten Bauabschnitt Naturwissenschaften seien keineswegs abgeschlossen. Beide Male sagte der Minister die Unwahrheit. gh

Schwarz-Schilling für Prof. Pestel?

Nach einer Kurzmittelteilung der „Zeit“ soll der niedersächsische Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel „amtsmüde“ sein. Für die Nachfolge von Pestel soll der hessische Bundestagsabgeordnete und Medienexperte der CDU, Christian Schwarz-Schilling, im Gespräch sein.

Fundsache

„Vera Steig, Studentin in Hannover: Ich wähle CDU, damit mehr Studienplätze geschaffen werden.“ - Eine Wahlanzeige der CDU zu den Landtagswahlen 1978 im hannoverschen Wochenblatt vom 3.5.1978.



Herzog Peter Friedrich Ludwig, jetzt gefeierter Oldenburger Regent des vergangenen Jahrhunderts, unterstützte bei der Demonstration auf dem Schloßplatz posthum den Protest seiner Landeskinder und des „westlichen Auslands“: „Recht auf Ausbildung und Arbeit auch für Oldenburger und Ostfriesen!“ Bild: Koopmann

Fachbereichsratswahlen noch im Sommersemester

Am 2. und 3. Juli werden erstmals nach Inkrafttreten des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) die Vertreter für die Fachbereichsräte neu gewählt - und zwar in der vom NHG vorgeschriebenen Parität von 7 (Hochschullehrer) : 2 (Studenten) : 2 (Mittelbau) : 2 (Bedienstete). Bisher galt der Paritätsenschlüssel 8 : 4 : 4 : 2. Ursprünglich war die Neuwahl erst im Wintersemester geplant - nach der Anpassung der Grundordnung der Universität an das NHG, die laut Gesetz Ende des Jahres abgeschlossen sein muß und in jedem Fall

strukturelle Veränderungen mit sich bringt. Jedoch hat der Wissenschaftsminister in einem Erlaß bereits vorzeitige Neuwahlen angeordnet, was bedeuten kann, daß im nächsten Jahr schon wieder gewählt werden muß.

Für die Wahlen Anfang Juli müssen Listen und Einzelvorschläge bis zum 15. Juni beim Wahlleiter eingereicht werden. Wer nicht am 2. und 3. Juli im Hause ist, kann auch bis zum 29. Juni Briefwahl beantragen oder aber direkt im Wahlamt (Hona Neuhaus, Raum A 209) wählen.

Film über die ELAB

Am 14. Juni wird um 20 Uhr im Hifo erstmals der von dem Regisseur Djamschid Gandjine, einem Absolventen der Berliner Filmhochschule, gedrehte Video-Film über die ELAB gezeigt. Titel: „ELAB - Versuch einer Annäherung.“ Der Film versucht, vorrangig aus der Sicht der Kontaktlehrer die Bedeutung des Modellversuchs für die Schulen herauszuarbeiten. Der Film wurde vom „Zentrum für pädagogische Berufspraxis“ (ZpB) in Auftrag gegeben. Wie das ZpB dazu mitteilte, soll der ein- bis zweistündige Streifen auf Kassetten kopiert werden, um ihn vielfältig einsetzen zu können. Er ist dann für alle Hochschulangehörigen ausleihbar.

Zur Zeit wird ein Begleitheft für den Film erstellt, das nicht nur allgemeine Informationen über die Einphasige Lehrerausbildung, sondern auch spezielle über den Film enthält.

ELAB Termine

Vom 11. Juni bis 13. Juni müssen universitätsinterne Anmeldungen für den 3. Studienabschnitt von den Studenten abgegeben werden, die das öffentlich-rechtliche Ausbildungsverhältnis am 1.4.1980 und das unterrichtspraktische halbjahr am 1.8.1980 aufnehmen wollen. Anmeldeformulare liegen ab 1. Juni beim Pförtner am Hauptingang aus. Eine Informationsveranstaltung beginnt dazu am 13. Juni um 14 Uhr im Hörsaal G.

Am Freitag, 15. Juni, beginnt um 14 Uhr (Hörsaal G) eine Veranstaltung für Studenten, die ab 1.10.1979 (unterrichtspraktisches Halbjahr ab 1.2.1980) in den 3. Studienabschnitt eintreten wollen. Im Mittelpunkt stehen Informationen zum verwaltungstechnischen Verfahren, zum Nachweis der Eintrittsvoraussetzungen und zu den veränderten Zuordnungsvorschlägen zu Schulen und Kontaktlehrern.

Gestaltung von Schulhöfen und Pausenbereichen

Informationsveranstaltung am 22. Juni in der Uni

Am 22. Juni dieses Jahres führt die Universität Oldenburg in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Weser-Ems in den Räumen der Universität eine Informationsveranstaltung zum Problem der „Gestaltung von Schulhöfen und Pausenbereichen für Spiel und Bewegung“ durch.

Wie der Initiator dieser Tagung, der Sportwissenschaftler Professor Dr. Jürgen Dieckert, dazu erklärte, sei das „Elend deutscher Schulhofwirklichkeit“ nicht mehr länger hinzunehmen. Selbst bei Schulneubauten fehle es in den Pausenbereichen an Spiel- und Bewegungsangeboten, die zumindest dazu beitragen können, den gestrelten Kindern und Jugendlichen die Schulzeit erträglicher zu machen. Daher gehe es jetzt auch darum, die politische Aktion des Niedersächsischen Kultusministers „freundlicher Schulhof“ inhaltlich zu füllen und zum Wohle der Schüler zu verwirklichen.

Oldenburger Sportwissenschaftler haben sich seit Jahren mit dem Problem der Schulhofgestaltung beschäftigt und Beratungen durchgeführt. So ist die Schulhofwirklichkeit auch Gegenstand des vom Bundeswissenschaftsministerium mitfinanzierten Modellversuchs Freizeitsport.

Die Informationstagung der Universität wendet sich an Politiker, Vertreter der Gemeinden, der Schulverwaltung, Schulleitung und der Lehrerkollegien sowie Eltern- und Schülerschaften. Besonders angesprochen werden sollen auch Architekten, die mit dem Schulbau befaßt sind. In jeweils halbstündigen Vorträgen werden Experten aus dem Hochschul-, Schul- und Verwaltungsbereich die Möglichkeiten einer besseren Gestaltung von Schulhöfen unter den verschiedensten Aspekten aufzeigen. Interessenten an der Veranstaltung sollten sich bis zum 1. Juni bei der Universität Oldenburg, Professor Dr. Jürgen Dieckert, Ammerländer Heerstraße 67-99, 2900 Oldenburg, anmelden.

Studienprogramme EG fördert

Die Europäische Gemeinschaft gibt Zuschüsse für die Förderung „gemeinsamer Studienprogramme“, die von Hochschulen aus mindestens zwei EG-Ländern entwickelt und angeboten werden. 10.000 DM stehen in der Regel für jedes Programm bereit. Bewerbungsschluß ist der 1. Juni 1979.

Hochschullehrer wendet sich gegen Musterbeispiele von Landschaftszerstörung

Professor Eber appellierte an die Oldenburger Ratsherren

In einem Brief an die vier im Oldenburger Stadtrat vertretenen Parteien hat der Botaniker Professor Dr. Wolfgang Eber davor gewarnt, die Landschaftsschutzgebiete im Bereich der Stadt Oldenburg noch weiter zu verringern und bei vorhandenen Finanzmitteln Schutzgebiete zum Gegenstand von Bebauungsplänen zu machen. Der Brief im Wortlaut:

Betr.: Landschaftsschutz im Gebiet der Stadt Oldenburg
Oldenburg liegt landschaftlich außerordentlich reizvoll im Übergangsbereich von der Geest zu ausgedehnten Mooren und den Flußtalern der Hunte und Haaren. Beachtliche Teile der Landschaft sind auch heute noch von Bebauung frei; besonders wertvolle Gebiete stehen unter Landschaftsschutz.

Sind diese Landschaftsschutzgebiete aber tatsächlich so geschützt, daß sie auch nachfolgenden Generationen noch Naturerlebnis und Erholung bieten können? Die Oldenburger Praxis der letzten Jahre läßt daran erhebliche Zweifel aufkommen. Vergleicht man die Karten der Landschaftsschutzgebiete in Niedersachsen von 1971 und 1977 mit einander, so muß man feststellen, daß der Bestand der Landschaftsschutzgebiete im Stadtbereich zahlreiche teils kleinere, teils größere Einbußen erlitten hat. Derzeit nimmt diese Entwicklung erschreckende Ausmaße an: die landschaftsschutzgebiete Westfalendamm und Patentsbusch stehen zur Löschung an, die Bebauungspläne 564 und 565 sehen umfangreiche Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet Rasteder Geestrand (Etzhorn, Ohmstedde) vor, und der Ausbau der Universität wird ebenfalls in einem Landschaftsschutzgebiet stattfinden. Zugegeben, der Anteil der Landschaftsschutzgebiete im Stadtgebiet ist nicht gering. Der Umgang mit diesen Gebieten jedoch hat mit Landschaftsschutz wenig zu tun, wenn sie in der gleichen Weise verplant werden wie andere auch. Dadurch demaskiert sich die Landschaftsschutzpolitik als bloßer Vorwand, um Flächen für andere Planungen zu reservieren. Bei ansteigender Konjunktur mit einer Zunahme privater und gewerblicher Investitionsbereitschaft sinkt, wie jetzt zu beobachten, der Stellenwert des Landschaftsschutzes und der Naherholung erheblich ab. Wo nur ausreichende Finanzmittel sichtbar sind, werden Schutzgebiete Gegenstand von Bebauungsplänen. Wertvolle Landschaftsbestandteile bleiben auf der Strecke. Während die Ausweisung und Verwirklichung jeder anderen Nutzungsform eine gewisse Endgültigkeit hat,

müssen es sich Landschaftsschutzgebiete gefallen lassen, in kurzen Abständen überprüft zu werden. Die Entscheidungen für oder gegen den Landschaftsschutz werden dabei mehr durch das bei anderen Nutzungen bewegte Finanzvolumen als durch den landschaftlichen Wert der Flächen bestimmt. Bei einer Fortsetzung dieser Politik kann man sich sehr gut vorstellen, daß in nicht allzu ferner Zeit der Landschaftsschutz nur noch die Gebiete zu verwalten hat, die wegen ihrer Reizlosigkeit oder Verkehrsunlust für Gewerbe und Wohnungsbau schlecht zu vermarkten sind.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Oldenburger Landschaftsschutzgebiete in ihrem Wert sehr unterschiedlich sind. Neben einigen wenigen Gebieten, die wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes in höchstem Maße schützenswert sind, besitzt Oldenburg auch Gebiete, die kaum oder gerade eben die Kriterien eines Landschaftsschutzgebietes erfüllen. Zweifellos zu den wertvollsten gehören das Blankenburger Holz, dessen Darstellung durch die Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Oldenburg (OAO) aus vegetationskundlicher Sicht voll unterstrichen werden kann, und das Etzhorn-Wallheckengebiet, das sowohl von naturkundlicher als auch kulturgeschichtlicher Bedeutung ist. Das Wallheckengebiet im Stadtnorden, das sich auf dem Meßtischblatt von 1971 noch ununterbrochen von Ofenerdieck bis Ohmstedde erstreckt, kann geradezu als Musterbeispiel einer stufenweise fortschreitenden Landschaftszerstörung dienen. Der Bau der Autobahn A 293 machte den Anfang; besonders seit 1978 folgt Bebauungsplan auf Bebauungsplan und bringt großflächig Gewerbe in die sehr reizvolle, aber durch keine Verordnungen geschützte Landschaft. Unverständlich ist es, daß von dieser Entwicklung auch das unter Landschaftsschutz stehende Teilgebiet in Etzhorn nicht ausgenommen werden konnte. Im Bereich Haseler Weg sind erst vor wenigen Jahren Flächen von etwa 12 ha zugunsten von Gewerbeansiedlung geopfert worden. Mit dem Bebauungsplan 564

folgt nun ein weiterer, vom Ring Deutscher Makler schon lange geforderter Schritt: nach den zehn Prozent, die am Haseler Weg verloren gingen, sollen jetzt weitere fünf bis zehn Prozent mit fadenscheiniger Begründung folgen. Der vorgebrachte Gesichtspunkt der „Abrundung“ könnte wohl zwanglos auch für weitere Abtrennungen erhalten, da das Landschaftsschutzgebiet keine natürlichen Grenzen besitzt. Als außerordentlich spitzfindig und gesucht kann man nur die Definition von Stadtbaurat Schutte bezeichnen, daß erst bei einer Abholzung von Baumreihen und Wallhecken von einer Beeinträchtigung der Landschaft die Rede sein könne, denn Wallhecken ohne die sie umgebende freie Landschaft wären wohl kaum schützenswert. Sehr ernst zu nehmen ist die Äußerung von Herrn Vahlenkamp (NWZ vom 22.3.1979), daß die Landwirtschaft in diesem Gebiet ohnehin zurückgehe. Angesichts der zentralen Bedeutung, die der Landwirtschaft für die Erhaltung und Pflege der Wallheckenlandschaft zukommt, darf man das wohl kaum, wie der Vorsitzende des Bürgervereins Ohmstedde, als Argument benutzen, ihr den Todesstoß zu geben. Vielmehr muß die Landwirtschaft im Landschaftsschutzgebiet in die Lage versetzt werden, weiterhin lebensfähig zu bleiben. Zukünftig sollte man dabei durchaus an Subventionen denken, denn eine billigere Landschaftspflege ist nicht möglich. Zunächst würde es wahrscheinlich ausreichen, die durch Grundstücksspekulationen bedingte Verunsicherung der Landwirte abzubauen und eine Verkleinerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen zu verhindern.

Ich appelliere dringend an Sie, dem Landschaftsschutz in Oldenburg den Stellenwert zu geben, die ihm gebührt und der ihm in programmatischen Reden Ihrer Parteien immer eingeräumt wird. Bedenken Sie, daß Entscheidungen gegen den Landschaftsschutz nicht umkehrbar sind und daß ein einmaliges „Nein“ auch eine einmalige positive Meinung vergangener und künftiger Legislaturperioden außer Kraft setzen kann. Wie können Sie, wenn Sie mit der Zerstörung von Landschaftsschutzgebieten so großzügig umgehen, von Ihren Nachfolgern erwarten, daß sie sich anders verhalten? Landschaftsschutz ist nicht nur eine Angelegenheit von Naturschützern, sondern sollte im Interesse der Bevölkerung auch von Ihnen energisch vertreten werden.

Neuer Anlauf für ein Auslandsamt

Auf Antrag des Fachbereiches II forderte der Senat den Präsidenten auf, erneut mit dem Wissenschaftsministerium in Hannover über die Einrichtung eines Akademischen Auslandsamtes mit einer entsprechenden Stellenausschreibung zu verhandeln. Schon am 16. Juni 1977 hatte der Senat die Einrichtung eines solchen Amtes beschlossen; Minister Pestel hat diesem Antrag jedoch bis heute nicht entsprochen, so daß Professor Calbert als Fachbereichsvorsitzender in der Begründung des Antrages die Frage stellt, „warum Oldenburg als (fast?) einzige Universität kein Auslandsamt haben soll.“

Durch die Verzögerung ist nicht mehr gewährleistet, daß ausländische Studenten in Oldenburg ebenso betreut werden können, wie dies für Oldenburger Studenten im Ausland der Fall ist. Eine ganze Reihe von Kontaktmöglichkeiten, die der Universität angeboten worden sind, etwa aus Tours und Riga, konnten bisher überhaupt nicht verfolgt werden.

„Widersprüche, die ihn zerrissen haben“

Eberhard Schmidt über Hans Kaiser



Am 9. Mai verstarb im Alter von 43 Jahren der Politologe Professor Dr. Hans Kaiser. Er nahm sich das Leben. Fünf Jahre lehrte und forschte er an der Universität Oldenburg - hauptsächlich in seinem Spezialgebiet: der Analyse der Gesellschaft in den osteuropäischen Staaten. Nachfolgend der Wortlaut der Rede, die sein Freund und Kollege, Professor Dr. Eberhard Schmidt, anlässlich der Beisetzung hielt:

Hans Kaiser ist tot. In der vergangenen Woche hat er sich das Leben genommen, weil ihm schien, daß es für ihn keinen Ausweg mehr gäbe. In seinem Abschiedsbrief spricht er von der Angst, wieder zurück in die Klinik zu müssen und das bedeutete für ihn, ein Leben führen zu müssen, das in seiner Vorstellung keines mehr war, schlimmer als der Tod. Er spricht von der letzten Freiheit, die er sich nimmt, der Freiheit zum Tode. Die Alternative war für ihn in jedem Falle Nicht-Leben. Wie stark muß dieser Schub von Angst und Verzweiflung in dieser Nacht gewesen sein, als er sich für das Nicht-mehr-leben entschloß.

Als er vor gut einem halben Jahr in die Klinik eingeliefert wurde, war nach einer äußersten seelischen Anspannung sein Lebenswille zwar geschwächt, aber noch nicht gebrochen. Langsam klang sein Erregungszustand ab und er begann wieder die Hoffnung zu schöpfen, neue Perspektiven einer Existenz außerhalb der Klinik zu entwickeln. Es gelang ihm Schritt für Schritt, begleitet von seinen Freunden, sich wieder im Leben zurechtzufinden. Er machte Pläne, er veränderte so gut es ging seine Lebensweise, er entdeckte Fähigkeiten, die er vorher nie produktiv ausgenutzt hatte, er diskutierte wieder mit, er war wieder da und spürte die Freude der anderen darüber. Bis in der letzten Woche die Angst in ihm wieder zunahm, die inneren Widersprüche ihn überwältigten, das Gespräch mit dem Arzt und mit den Freunden die Angst nicht mehr dämpfte, die Worte und Gesten sein Ich nicht mehr erreichten.

Die ihn genauer gekannt hatten, wußten ein wenig davon, wie in ihm vitale Lebensbedürfnisse und der disziplinierende Anspruch an sich selbst, an höchste Leistung, miteinander im Widerstreit lagen. Ein Grundmuster seines Lebens von der Kindheit an, verschärfte von einer Konkurrenz auch im intellektuellen Bereich angelegten Gesellschaft. Anderen gelingt es vielleicht solche Widersprüche miteinander zu versöhnen. Hans Kaiser gelang es nicht. Er ist daran zerbrochen.

Alle, die ihn erlebt haben, konnten seine Leidenschaftlichkeit in der Auseinandersetzung um Dinge, die ihm - und uns - wichtig waren, seine Begeisterungsfähigkeit für die sozialen Bewegungen, in denen Menschen um ihre Befreiung aus unverschuldeten Zwängen kämpften,

seine Hartnäckigkeit, mit der er für die Ziele eintrat, die er sich in diesem Zusammenhang gesetzt hatte, die Genauigkeit, die er im Umgang mit den Tatsachen forderte.

Hans Kaiser war ein überzeugter Sozialist, aber einer von denen, die unbestechlich, jenseits aller parteitaktischen Überlegungen an dem Anspruch des Sozialismus festhalten: eine menschlichere Gesellschaft zu schaffen, in der nicht die Macht einer Klasse oder Gruppe, sondern die Fähigkeiten und Bedürfnisse freier Menschen die Entwicklung der Gesellschaft bestimmen. Darauf gründete sich sein Engagement für die Menschen in Chile, in Portugal und im Iran, für die verfolgte polnische Opposition, mit der er noch im letzten Jahr Kontakt aufnahm, und die er mit seinen Mitteln unterstützte.

In der Universität gehörte er seit seiner Berufung 1975 zu den aktivsten politischen Köpfen. Sein Eintreten für diejenigen, die mit Berufsverbot belegt wurden, ohne Ansehen der politischen Gruppe, in dem Willen an der Universität eine Einheit gegen die repressiven Tendenzen in dieser Gesellschaft zu schaffen, hat ihm nicht nur Freunde geschaffen, aber immer Respekt verschafft vor einer Geradlinigkeit, die keines Opportunismus fähig war. Sein Beitrag zum Kampf für den ungehinderten Ausbau der Universität ist nicht vergessen. Vielleicht wissen viele nicht, daß die Idee mit der berühmten Fahrrademonstration nach Hannover vor drei Jahren von ihm allein stammte. Sein gesellschaftliches Engagement, daß er schon von Bochum her mitbrachte, war lange Zeit richtungweisend für die Arbeit der GEW-Hochschulgruppe an dieser Universität.

Hinter dieser leidenschaftlichen, scheinbar so starken Haltung, verbargen sich die Widersprüche, die ihn schließlich zerrissen haben. Wir, seine vielen Freunde, haben ihm letztlich nicht helfen können, diese Widersprüche miteinander zu versöhnen, die noch so schwach entwickelte Wissenschaft vom Menschen hat es nicht vermocht, er war zum Schluß ganz allein mit sich selbst. Die Grenzen, wo einer dem anderen in dieser Gesellschaft helfen kann, sind enger gezogen, als man es sich manchmal vorstellt. Diese Erfahrung, diese traurige Erfahrung haben wir vor allem im letzten halben Jahr gemacht.

Bisher noch keine Chancen für eine Traglufthalle

Tausend unterstützten Unterschriftenaktion

Im Wintersemester 78/79 wurde aufgrund der Überfüllungen in den Veranstaltungen des Hochschulsports die Forderung erhoben, als kurzfristige Maßnahme zur Minderung dieser Misere, die wesentlich durch die ständige Ausweitung der Sportlehrerausbildung bei gleichbleibenden Sportanlagen verursacht ist, eine Traglufthalle zwischen Sporttrakt und Sporplatz zu errichten. In einer Unterschriftenaktion unterstützten annähernd 1.000 Hochschulangehörige und Teilnehmer aus der Bevölkerung diese Forderung. Der Senat der Universität faßte im Dezember 1978 den Beschluß, einen Antrag auf Errichtung einer Traglufthalle beim Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst (MWK) zu stellen. Im März 1979 wurde der bearbeitete Antrag mit der entsprechenden Kostenaufstellung dem MWK zugeleitet. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Milde im April antwortete der Minister, daß für die Anmietung einer solchen Hal-

le die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen, daß aber von der Universität eine Aufstellung der Aufwendungen für den Energieverbrauch noch nicht eingereicht wurde. Eine solche Aufstellung war aber schon Mitte März dem MWK zugegangen.

Da zu Beginn des Sommersemesters noch immer keine positive Entscheidung des Ministers vorlag, haben sich mehrere Teilnehmer am Hochschulsport entschlossen, eine Eingabe an den Landtag zu richten. Es ist zu hoffen, daß durch eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit einer solchen Eingabe bewußt gemacht werden kann, wie selbst kostengünstige und unkonventionelle Vorschläge der Universität durch übertriebene bürokratische Bearbeitung verschleppt werden. Es liegt der Verdacht nahe, daß auch in diesem Fall das MWK kein ernsthaftes Interesse an der Minderung der räumlichen Misere in der Universität hat.

Christian Wopp

Viele Soziologen arbeitslos

Soziologen leiden mehr als andere Hochschulabsolventen unter Arbeitslosigkeit. Etwa acht Prozent der deutschen Gesellschaftswissenschaftler sind zur Zeit ohne Arbeit. Etwa viermal soviel wie im Schnitt der übrigen akademischen Fächer.

Diese Zahlen wurden auf der Abschlußveranstaltung des 19. Deutschen Soziologentages im April in

Berlin genannt. Bei Anhalten der gegenwärtigen Tendenz wird sich die Zahl der Soziologen, die pro Jahr die Universitäten verlassen, in absehbarer Zeit verdoppeln. Eine auch nur annähernd ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen ist für diese Absolventen nicht in Sicht. Bisher sind rund 40 Prozent der Soziologen an den Hochschulen selbst untergekommen.

Worte des Ministers

„Wenn der Herr Krüger mir sagt, diese Umplanung, die Zusammenfassung der 1. und 2. Baustufe und die Verringerung auf 1.200, das dauert wieder 1 1/2 Jahre Planung - da habe ich gesagt, Herr Krüger, Sie können ja nicht bei rechten Dingen sein. Das machen wir in drei Wochen.“ Interview mit der NWZ vom 25.5.

„Zunächst einmal gebrauchen die jungen Leute - wie Herr Schäfer (Rektor der Universität Hannover und 49 Jahre alt, d.R.) - immer große Worte. Von Wortbruch kann gar keine Rede sein. Ich habe im April bei der Landesrektorenkonferenz bei der Dienstbesprechung gesagt, daß ich natürlich die Hochschulen informieren würde, wenn sich was ändert. Dieses habe ich getan und habe mit den Betroffenen, die überhaupt auch Bescheid wissen darüber, mich unterhalten, was ist möglich und was sollte man nicht machen? Zum Beispiel hätte Herr Schäfer mir gar keine Auskunft darüber geben können, was in der Chemie nun unbedingt sein muß und was nicht unbedingt sein muß ... Und ich finde es einfach unerhört, nicht wahr, hieraus mangelndes Demokratieverständnis abzuleiten, bloß weil ich diesen hohen Herrn nun nicht persönlich angesprochen habe, sondern die Fachleute, die darüber Bescheid wissen.“ NDR-Interview vom 15.5.

„Hierauf müssen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen richten, damit diese Universitäten nicht in den Keller geraten wie in Bremen, wo Herr Koschnick voriges Jahr mit der Frage zu mir kam: „Herr Pestel, wollen Sie die Bremer auch noch übernehmen?“. Ich antwortete ihm: „Nein, von mir aus können Sie die in Oldenburg auch noch haben.“ Wenn Universitäten erst einmal in den Keller gegangen sind, dann ist das Rauskommen sehr schwer, denn Kollegen gehen dahin, wo auch tüchtige Kollegen sind. Hier müssen wir gemeinsam mit den Universitäten versuchen, diese Dinge so zu lenken, daß die Investitionen nachher nicht für die Katz sind.“ Landtagssitzung vom 16. 5.

„Können Sie mir erklären, ob aus dieser Region allein, nicht wahr, neben den üblichen Bauprogrammen, die da jetzt auch ablaufen, denn die Baukonjunktur liegt ja gerade nicht danieder, überhaupt Arbeitskräfte da sind? Die müssen ja auch außerhalb noch mitgeholt werden, das geht doch gar nicht anders. Infolgedessen gehen doch keine Arbeitsplätze verloren.“ NDR-Interview vom 15.5.

„Nun ist es ja so: was langfristige strukturalpolitisch wichtig ist, von den Arbeitsplätzen an der Hochschule selbst hergesehen, macht es ja keinen Unterschied, ob ich nun da Studenten habe, die Geisteswissenschaftler oder Naturwissenschaftler sind, die essen alle gleich viel und bei den Lehrkräften ist es ähnlich. Natürlich wird weniger gebaut.“ Interview mit der NWZ vom 25.5.

„Sehen Sie, ein Rückfall in die kleinformige Hochschule ist auch bei der besten Ausstattung nicht zu vermeiden, wenn die Qualität der Hochschullehrer nicht den Status erreicht, den wir bei den Traditionsuniversitäten noch haben. Da liegt nämlich des Pudels Kern. Es wäre tagessitzung vom 16.5.

„Dann erwarten wir natürlich auch Vorschläge von der Hochschule. Wir sind ja keine Leute, die irgendwas diktieren, sondern wir hören uns das an, und wir werden mit ihnen verhandeln, und sofern die Vorschläge praktikabel und finanzierbar sind, werden wir darauf eingehen.“ Landtagssitzung vom 16.5.

Praktikum an einer Auslandsschule

Auslandsscholarbeit in der Dritten Welt

Die Bundesregierung hat einen „Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik im Schulwesen - Auslandschulen, Sprachförderung und internationale Zusammenarbeit“ vorgelegt. Dies und die Nachricht, daß kürzlich 20 arbeitslose Lehrer an deutsche Schulen im Ausland entsandt wurden, gibt dem Verfasser die Gelegenheit, auf einen Problembereich der Erziehungswissenschaft aufmerksam zu machen, der der breiten Uni-Öffentlichkeit wenig bekannt sein dürfte. Wer weiß schon, daß es z.Zt. über 300 deutsche Schulen im Ausland gibt, die von insgesamt 110.000 Schülern besucht werden, die u.a. von 1.350 entsandten Lehrern unterrichtet werden und immerhin einen Finanzaufwand von fast 190 Mio DM beanspruchen.

Der Verfasser - Student der Diplom-Pädagogik und Lehramt WiWi Sek II/Deutsch - hatte die Gelegenheit, vom 16. Oktober bis 15. Dezember 1978 ein Schulpraktikum an der Escuela Superior de Educación Profesional (ESEP), Peruano-Alemana „Middendorf“ in Lima/Peru abzuleiten. Initiiert und betreut wurde dieses Praktikum vom Projekt „Pädagogik der deutschen Auslandsschule“, das von Professor Dr. Wittig geleitet wird, und der Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO) der Uni Oldenburg (Leiter: Dr. Fischer). Abgesehen von den Schwierigkeiten, solch ein Praktikum zu realisieren, war es sehr interessant, ein Beispiel für eine in das Erziehungssystem eines Entwicklungslandes integrierte deutsche Auslandsschule näher zu betrachten. Die ESEP bilden einen Schwerpunkt der peruanischen Erziehungsreform von 1970, die in dem neuen Allgemeinen Erziehungsgesetz verankert sind. Sie stellen den ersten Zyklus der Hochschulbildung dar (10, bis 13. Klasse) und schließen mit dem „Bachiller Profesional“ ab. In der deutsch-peruanischen ESEP werden die Unterrichtsfächer entsprechend den in Peru geltenden Bestimmungen dem allgemeinbildenden oder dem berufsbildenden Bereich zugeordnet. Als berufsbildende Bereiche werden angeboten: Tecnicas de Laboratorio (Naturwissenschaften), Idiomas Modernos (Moderne Sprachen), Comercio Internacional (Wirtschaft und Verwaltung) und Educación por el Arte (Kunst). Unter Einbeziehung eines Betriebspraktikums von 406 Stunden ergibt sich neben der allgemeinen eine solide berufliche Grundbildung, die den Absolventen entweder den un-

mittelbaren Eintritt in das Berufsleben oder die Aufnahme eines Studiums erlaubt. Gedanken der sowjetischen Pädagogik, aber auch der kubanischen Bildungsreform scheinen in die Bildungsreform Eingang gefunden zu haben, was ihr den Anstrich gab, das Resultat sozialistischer Reformbemühungen zu sein und die Ablehnung konservativer Kreise des Landes bewirkte.

Trotz erkennbarer Reformansätze im Bildungswesen Perus (neues Schulgesetz) sind auf dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation des Landes einschneidende Veränderungen kaum zu erwarten. Die wirtschaftliche Entwicklung Perus stagniert nicht nur seit Jahren, sondern bewegt sich in ihren Realgrößen sogar rückläufig. Die Arbeitslosenquote kann nur geschätzt werden und liegt bei ca. 40 bis 50 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die durchschnittliche Schulzeit betrug zu Beginn der 70er Jahre drei Jahre. Die regionalen Unterschiede sind groß; so sind im Raum Lima fast alle schulpflichtigen Kinder eingeschult, während in der Sierra (Andenhochland) und in der Selva (Urwaldregion) häufig weniger als 50 Prozent die Schule besuchen. Die Klassen sind selbst im Raum Lima mit 70 bis 80 Schülern unerträglich groß. Die Ausstattung der Schulen ist mangelhaft, häufig fehlt es sogar an Sitzgelegenheiten für die Schüler.

Obwohl das Interesse an der deutsch-peruanischen ESEP ständig wächst, ist ihre Existenz in einem so skizzierten gesellschaftlichen und schulischen Umfeld nicht problemlos, nicht zuletzt, weil ihre Möglichkeiten begrenzt sind und sie die (häufig divergierenden) Erwartungen auf ein realisierbares Maß zurück-schrauben muß. Deutsche Auslandsschulen sind nicht sui generis Instrumente einer Bildungshilfe als Entwicklungshilfe. Allerdings steht die deutsch-peruanische ESEP in der Verpflichtung einer weiteren sozialen Öffnung für Kinder des Gastlandes. Dank ihrer strukturellen Eigenart (A-, B-, C-, D-Züge) hat sie als Modelleinrichtung (peruanisch-deutsches kooperatives Leitungsgremium) die Chance, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des landeseigenen Schulsystems zu leisten und könnte so dem Typ einer bikulturellen Begegnungsschule entsprechen, den die Bundesregierung in ihrem im September 1978 vorgelegten „Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik im Schulwesen“ nachdrücklich fordert. Reent Müller

Tage der offenen Tür für Studieninteressierte

Für alle, die wissen wollen, was und wie an der Universität Oldenburg gelehrt und geforscht wird, führt die Zentrale Studienberatung in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Hochschule und der Berufsberatung des Arbeitsamtes Oldenburg am 28. und 29. Juni 1979 zwei „Tage der offenen Tür“ durch.

Angesprochen werden sollen insbesondere Schüler, die einmal an der Universität zu studieren beabsichtigen und die sich über die von der Universität angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten informieren wollen. In einzelnen soll mit dieser Veranstaltung dazu beigetragen werden.

● den Informationsgrad über die Studienbedingungen und Studienmöglichkeiten zu verbessern,

● den Schülern der Oberstufe schon relativ frühzeitig einen unmittelbaren Einblick in den Lehrbetrieb einer Universität zu verschaffen.

● spezifische Fragen zu einem in Aussicht genommenen Studienfach, zum Zulassungsverfahren und allgemeinen Problemen des Studiums mit fachkompetenten Mitarbeitern der Universität zu besprechen.

Tagung der Mathematiker

Vom Freitag, dem 15. Juni 1979 bis zum Sonntag, dem 17. Juni 1979 findet an der Universität die „18. Kurztagung über Allgemeine Algebra“ statt. Zu dieser Tagung werden über 50- und ausländische Mathematiker erwartet, die hier über ihre neuesten Forschungsergebnisse auf den Gebieten der Algebra und Ordnungstheorie berichten werden. Das nähere Programm ist dem Anschlag im AVZ (2. Stock) zu entnehmen; Rückfragen sind an Hans-Jürgen Bandelt zu richten.

Der Gastkommentar

Walter Hirche, Vorsitzender der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der FDP Niedersachsen, über die Reduzierungen im Hochschulausbau



1976 setzte abrupt die Kahlschlag-Politik der damaligen CDU-Minderheitsregierung im Hochschulausbau ein. Ziel sollten 1985 nicht mehr wie vom Wissenschaftsrat empfohlen 92.000 flächenbezogene Studienplätze sein, sondern nur noch 78.000, obwohl man unverändert mit 122.000 Studenten zu diesem Zeitpunkt rechnete. Die Kürzungen betrafen ganz einseitig den Nordosten, Nordwesten und Westen Niedersachsens. Der FDP gelang es in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU Ende 1976 die Zielzahl wieder auf 85.500 hinaufzusetzen. Ausgangspunkt für diese Reduzierung gegenüber der ursprünglichen Zahl war damals die Annahme einer Studentenzahl von knapp 110.000 Studenten in 1985; eine Zahl, die sich aus dem erkennbaren Rückgang des Anteils der Studienanfänger an der Zahl der Studienberechtigten ergab. Selbst für die stärksten Studienjahrgänge hätte damit die Überbelegung der Plätze 25 Prozent nicht zu überschreiten brauchen. Minister Pestel hat demgegenüber noch 1978 vor dem Landtag von 122.000 Studenten in 1985 gesprochen. Jetzt im Mai allerdings, bei der Rechtfertigung seiner Sireichungspläne vor dem Landtag, sprach er plötzlich davon, daß die heutige Studentenzahl in Niedersachsen von etwa 83.000 bis 1985 nur um etwa 15 Prozent wachsen werde, d.h. dann etwa 95.000 betragen werde. Innerhalb von einhalb Jahren sind durch die Rechenkunststücke des Ministers 27.000 Studenten verschwunden! Das ist ein Drittel der z.Zt. Studierenden. Entweder die frühere Zahl war falsch, oder die jetzige ist es, oder - was wahrscheinlicher ist - beide Zahlen sind Ausdruck ungenügender Prüfung der vorliegenden Daten. Noch Anfang 1978 hat der Minister durch die Vorlage der Anmeldung zum 8. Rahmenplan im Hochschulausbau sich ausdrücklich zu bisherigen Detailplanung in bestimmten Fachrichtungen bekannt. Genau so selbstgefällig wie das Ministerium damals seine Zahlen vorgelegt hat, so selbstsicher ist der Minister heute, daß seine neuen Zahlen richtig sind. Damit sei kein Wort dagegen gesagt, daß frühere Planungen überprüft werden müssen, insbesondere wenn sie so kostenintensiv wie der Hochschulausbau sind. In diesem Fall aber ist dem Minister entgegenzuhalten, daß seine Streichungen weder strukturalpolitisch noch hochschulpolitisch vertretbar sind. Es ist ein Jammer lesen zu müssen, daß der Minister glaubt, strukturalpolitisch genug zu tun, weil doch auch nach Kürzungen noch etliche hundert Bau-Millionen im Nordwesten ausgegeben werden. (Pressemit-

teilung des MWK). Strukturalpolitik betreiben heißt doch aber nicht Einmal-Investieren-Aus-Vorbei, sondern solche Beiträge zur Entwicklung einer Region zu leisten, daß diese mehr Eigenkräfte entwickelt. Hochschulausbau strukturalpolitisch in Oldenburg betreiben, heißt deshalb, die Hochschulen an diesem Standort mit einem breiten Fächerangebot ausstatten. Der 2. Bauabschnitt Naturwissenschaften muß gebaut werden, damit kein Torso stehenbleibt. Und wenn es richtig ist (wofür vielspricht), daß der 3. Bauabschnitt Naturwissenschaften nicht unbedingt erforderlich ist, dann müssen stattdessen schnellstens Studienplätze in den Fächern gebaut werden, in denen in der Bundesrepublik nach wie vor ein harter NC herrscht, z.B. in Pharmazie und Zahnmedizin. Dies ist eine struktural- und hochschulpolitisch richtige Alternative.

Stattdessen wird Oldenburg eine „Planungsreserve“ angeboten. Wer sich das Tempo des tatsächlichen Hochschulbaus in den letzten Jahren vor Augen führt, der weiß, daß das deklamatorische Festhalten der CDU an der Zielzahl 85.500 für 1985 in Wirklichkeit bedeutet, daß die sogenannten Planungsreserven nicht mehr gebaut werden. Die Unterstützung aller Kürzungspläne für Oldenburg durch die lokalen CDU-Landtagsabgeordneten (so Dierkes im Landtag) setzt diesem allen die Krone auf. Dabei hätte man erwarten können, daß die CDU bei all ihren Aversionen gegen zu viele Studenten Sinn für die strukturalpolitischen Argumente hat. Mehr Sparsamkeit im Hochschulbau - dazu sage ich ausdrücklich ja. Hierzu bietet sich eine Überprüfung der gesamten Planungs- und Bauabläufe an mit dem Ziel der Beschleunigung des Planens und preiswerteren Bauens. Aber keine Umwidmung von Studienplätzen nach der Methode „billiger Jakob“, die niemandem nützt.

Pestels und des Kabinetts Kürzungspläne sind gegen das Interesse einer struktural ausgewogenen Entwicklung Niedersachsens und gegen die Pflicht, die sich für den Staat aus Artikel 12 des Grundgesetzes ergibt. Die FDP sieht in diesen Plänen der CDU nicht nur die Absage an eine Politik, zu der sich die CDU bis zum Landtagswahltermin bekannte, sondern vor allem die Ignoranz sachlich völlig unweidigerer Notwendigkeiten. Einer solchen Politik des Konservierens von Benachteiligungen werden die Liberalen erbitterten Widerstand entgegenzusetzen. Walter Hirche

Vorlesungsreihe in „Heimatkunde“

Seit dem 7. Mai läuft im Rahmen des Projektes „Heimatkunde“ eine Vorlesungsreihe, in deren Rahmen sich Wissenschaftler, Lehrer und Schriftsteller unter den verschiedensten Aspekten zum Nordwestraum beschäftigen. Nachfolgend die noch stattfindenden Vorlesungen (jeweils montags um 20 Uhr im Hörsaal B):
11. 6. 1979 Oswald Andrae (Schriftsteller), Niederdeutsch - Sprache der Betroffenen. Sprache der Provinz

- 18. 6. 1979 Siegfried Ziebell (Lehrer und Biologe), Auswirkungen von Landschaftsveränderungen am Beispiel der Ökologie der Libellen.
- 25. 6. 1979 Jochen Schepker (Ethnologe), Bevölkerungsbewegungen in der Geschichte des Nordwestraums Gert Janssen (Geograph), Probleme der Küsteneentwicklung.
- 2. 7. 1979
- 9. 7. 1979 Hans Martin Barth (Historiker), Geschichtsschreibung der Werke und Fabriken.

Uni-Segelclub gegründet

Mit dem neugeschaffenen „Universitätssegelclub Oldenburg e.V.“ (USCO) beabsichtigen die Gründungsmitglieder, den Universitätsangehörigen und ihren Familien Möglichkeiten zum Segeln und Surfen zu bieten. Insbesondere sollen die Bemühungen des Zentralen Aufgabenbereichs Hochschulsport unterstützt und so den Uni-Bediensteten endlich auch außerhalb der Dienstzeiten entsprechende Kursangebote gemacht werden. Der Klub bemüht sich um die Einrichtung eines Stützpunktes am Zwischenahner Meer, um dort das Jollensegeln und Surfen zu betreiben. Außerdem will er die am Küsten- und Hochseesegeln interessierten Unimitglieder zusammenführen und längere Törns organisieren. Der Klub will sich noch in diesem Semester mit einer Informationsfete der Öffentlichkeit vorstellen. Vorstand: Jürgen Gerdes (RZ), Peter Gorny (RZ), Franz Kalb (RZ), Heiner Jedrowiak (ZETWA).

Der „Zentrale Aufgabenbereich Hochschulsport“ bietet auch in diesem Semester allen Hochschulangehörigen die Möglichkeit zum Segeln. Unter Anleitung können Qualifikationen zum A-Schein und Motorbootführerschein erworben werden. Außerdem können fortgeschrittene Segler ihr Können auffrischen, verbessern oder auch einfach die Möglichkeit nutzen, einmal in der Woche zu segeln. Nähere Informationen sind in der Geschäftsstelle Hochschulsport Raum H 9 (App. 329) erhältlich.

Wochenendsport

An Wochenenden ist der Sporttrakt für alle Hochschulangehörigen und Interessenten aus der Bevölkerung geöffnet: Samstags 14.30 - 18.00 und sonntags 9.00 - 13.00.

„Die Stimme der Hochschulen besser zu Gehör bringen“

Für eine stärkere Beteiligung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) und der Hochschulen an der hochschulpolitischen Diskussion sprach sich Staatssekretär Hermann Granzow vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft anlässlich der Jahresversammlung der WRK vom 21. bis 23. Mai in Berlin aus.

Granzow nannte drei Bereiche, in denen die Stimme der Westdeutschen Rektorenkonferenz deutlicher zu hören sein sollte:

● Es fehle an einer „Problemanalyse und Leitlinie der Hochschulen für gemeinsames hochschulpolitisches Handeln“ und den Abbau des gegenwärtigen Zustandes, der vielfach von einer „Mischung aus Larmoyanz und Aggression, Resignation und Uneinsichtigkeit, ja tiefer Lustlosigkeit“ geprägt sei.

● Die Hochschulen müßten durch eigene Aufklärung und differenzierte Darstellung dabei helfen, das menschliche Einzelschicksal in der sogenannten Massenhochschule wieder sichtbar zu machen. Das Arbeiten mit Schlagzeilen und griffligen Formeln über die Situation der Hochschulen fördere die „Neigung, die Gesamtheit abzuschreiben, Augen und Seele erschreckt abzuwenden, sie fördern die Gefühle dumpften Zorns, von Schuld und Ohnmacht.“

● Die Hochschulen und die Westdeutsche Rektorenkonferenz sollten sich stärker mit der sozialen Lage der Studenten befassen und damit zur Verbesserung der Situation zwischen Hochschule und Gesellschaft, vor allem aber auch zur Verbesserung des Klimas in den Hochschulen selbst beitragen.

„ALTEC“-Vortragsreihe

Das Projekt „Alternative Technologien der Energie- und Rohstoffherzeugung“ veranstaltet im Sommersemester ein Colloquium, in dessen Rahmen Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft über verschiedenste Möglichkeiten der Energie- und Rohstoffherzeugung referieren. Die Veranstaltungen finden jeweils um 16.00 im Allgemeinen Verfügungsraum (Raum 2-404) statt:

- 31. 5. Dr. F. Zadrazil, Institut für Bodenbiologie, Braunschweig. Verwertung der Lignozellulose durch höhere Pilze
- 14. 6. Prof. Dr. H.H. Oelert, Direktor des Institutes für Chemische Technologie und Brennstofftechnik der

Technischen Universität Clausthal, Probleme der Verflüssigung fossiler und rezenter Energierohstoffe

- 21. 6. Ing. G. Böhm, Allendorf, Ein- und Zweikreisysteme zur Nutzung der Solarenergie
- 28. 6. Dr. W. Ströbele, Akademischer Rat am Lehrstuhl F für Volkswirtschaftslehre, Universität Hannover, Möglichkeiten der Energiepolitik - ist Atomenergie die einzige Antwort

Ausschreibung

Pressestelle, Schreibkraftstelle (BA VII) zu besetzen. Bewerbungsschluss: 15. Juni 1979.

Versteigerung von Fundsachen

Im Juli des Jahres sollen Fundsachen des Fundbüros der Universität versteigert werden. Bis zu diesem Termin besteht noch die Möglichkeit, Ansprüche auf verlorene Sachen geltend zu machen. Für diesen Zweck werden die Fundsachen in der Zeit vom 11. Juni bis 15. Juni 1979 im Raum A 005 zur Einsicht bereitgestellt. Der Versteigerungstermin wird im nächsten Uni-Info bekanntgegeben.

US-Studienplatz

State University New York, Fredonia College: 1 Studienplatz im Austauschverfahren zum WS 79/80 zu besetzen. Informationen: Klaus Winter, Auslandsreferent, AVZ 2-467 (Tel.: 44) oder Postfach beim Fachbereich I.

Promotionen

Klaus Winter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich I, ist mit der Note „sehr gut“ promoviert worden. Thema seiner Dissertation: „Das Europäische Bildungswesen im Prozeß seiner Internationalisierung und eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Reformansätze in der Lehrerausbildung“.

Holger Morawietz ist mit der Note „sehr gut“ promoviert worden. Thema der Dissertation: „Flexible Differenzierung im Unterricht. Eine empirische Evaluationsuntersuchung.“

Vom 23. Mai bis 19. Juni liegen die Dissertation von Hilke Günther-Arndt und die dazugehörigen Gutachten in der Geschäftsstelle des Fachbereiches III aus. Thema der Dissertation: „Geschichtsunterricht in Oldenburg 1900 - 1930“.

Personalien

Dr. Hans-Joachim Fischer wurde mit der Verwaltung der Professorenstelle „Pädagogik“ beauftragt.

Professor Dr. Wolfgang Schulenberg, Soziologe im Fachbereich III, ist auf der Jahreshauptversammlung der Volkshochschule Oldenburg wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

Werner Fuchs wurde als ständige stundenweise Beschäftigter in der ZETWA eingestellt.

Horst Kindler wurde als Drucker im Dezernat I eingestellt.

Inge Klann-Saß wurde als Regierungsverwaltungsinpektorkin im Fachbereich IV eingestellt.

Kurt Klenke wurde als ständige stundenweise Beschäftigter in der ZETWA eingestellt.

Astrid Goerke wurde als Bibliotheksinspektorkin zur Anstellung in der Bibliothek eingestellt.

Waltraud Menz wurde als Aushilfs- und Vertretungskraft im Dezernat I.I eingestellt.

Wolfgang Wulf wurde als Verwaltungsangestellter im Dezernat 3 eingestellt.

Ute Rosenau ist als Bibliotheksinspektorkin zur Anstellung in der Fachbereichsbibliothek I eingestellt worden.

Wendy Moldervan wurde als Fremdsprachenassistentin im Fachbereich II eingestellt.

Marianne Krampe wurde als Fremdsprachenassistentin im Fachbereich I eingestellt.

Doris Hardeers wurde als Bibliotheksangestellte eingestellt.

Thomas Markowicz wurde als Bibliotheksangestellter eingestellt.

Hans-Joachim Witte wurde als Haus- und Hofarbeiter im Dezernat 4 eingestellt.

Bärbel Schulte wurde als Schreibkraft in der KWW eingestellt.

AUTOHAUS Büchner V-A-G
Gebrauchtwagen
 Alle Fabrikate
 Große Auswahl. Und nicht teuer.
 31081 Audi VW
 Donnerschwerer Str. 336 · 29 Oldenburg

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
 In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
 1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
 Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
 Postfach 141

COPIERCENTER OLDENBURG
 Ammerländer Heerstr. 86 · 29 Oldenburg · Tel. 04 417 23 26 20 · Fax 04 41 7 23 26 21
 Kopien auf Normalpapier DIN A4/A3 in Selbstbedienung
Kopierpreis je Stück 0,10 DM
 ab 500 Kopien je Stück 0,09 DM
 ab 1000 Kopien je Stück 0,08 DM
Schnelldruck-Service
 zum Beispiel 1 Vorlage DIN A4
 Auflage 20 Stück DM 2,30
 Auflage 100 Stück DM 5,50
 Auflage 500 Stück DM 20,70
 Auflage 1000 Stück DM 34,-
 Auflage 2000 Stück DM 60,-

JEANS
 von **Horten**
 Levis · Wrangler · Plouier · Lois · Settler

TABULA
BUCHLADEN
 IM HERBARTGANG
 WALTERSTR. · HERBARTGANG · LANGE STR. · KURWICKSTR.

Optiker Schulz
 für besseres Sehen und Hören
 Achterstraße / Ecke Ritterstraße

Zeitschriften - Bücher
 Berichte und
 Examensarbeiten
 Examensarbeiten
 schnellstens
 innerhalb 2 Stunden
 Jochen Henckus
 Bibliotheksbuchbinderei
 Edewechter Landstraße 50
 Telefon 50 23 97

SPANHAKE aktuell
 an · basteln · basteln · bast
AUCH DU BRAUCHST EIN HOBBY!
 Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.
 Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand.
 Spanhake, Oldenburg
 Lange Straße 48
oldenburg - lange str.

Anna Thye
 Buchhandlung
 Inh. Gottfried Sieler
 Gegr. 1. 9. 1800
 29 OLDENBURG
 Schloßplatz 21 / 22
 Postfach 4780
 Ruf (04 41) 2 52 88

Spedition
Möbeltransport
International
DEUS
 TEL. (04 41) 7 10 01

Ihr OLB-Bankkonto - die Drehscheibe Ihres Zahlungsverkehrs.



Die Bank, die hier zu Hause ist.
 OLDENBURGISCHE LANDESBANK AG